

---

## DPG-Rundbrief – Februar III 2019

Liebe DPG-Mitglieder,  
liebe Freundinnen und Freunde des Friedens,

in dem vorliegenden Rundbrief gehen wir auf vier Themen ein:

- 1. DPG-Stellungnahme zur Verhinderung der Preisverleihung in Göttingen**
- 2. Beendigung der TIPH-Einsätze in Hebron**
- 3. DPG-Geschäftsordnung für die Mitgliederversammlung**
- 4. FDP will weniger Israelkritik in den Vereinten Nationen**

### **1. DPG-Stellungnahme zur Verhinderung der Preisverleihung in Göttingen**

Was müssen diese selbsternannten "Freunde Israels" für eine Angst haben und vor wem, dass sie immer häufiger gegen alle Fakten und den gesunden Menschenverstand mal direkt, mal hinten herum versuchen, ReferentInnen, KünstlerInnen, MusikerInnen und WissenschaftlerInnen, hier in Deutschland, aber auch anderswo auf der Welt mit der Antisemitismuskeule zu verunglimpfen, Räume zu entziehen, Preisverleihungen zu verhindern: München, Frankfurt, Göttingen usw.

Zum Glück gibt es aber auch vermehrt Richter mit Augenmaß, die die Absurdität erkennen und entsprechend in die Schranken weisen. Manchmal ist es aber auch schon die konsequente Androhung eines Gerichtsverfahrens gegen diese Typen, die fälschlicher und absurder Weise im Namen von Toleranz nach dem Motto "es wird schon was hängen bleiben" vorgehen, die Wirkung zeigt.

Dies zeigt der jüngste Fall eines Vorwurfs gegen den hochqualifizierten Nahost-Experten Andreas Zumach, dem die Vorsitzende der Deutsch-Israelischen Gesellschaft in Baden-Württemberg öffentlich und schriftlich Antisemitismus vorwarf. Zudem hat sie alle ihre Vorwürfe bei Androhung einer hohen Geldstrafe bei Aufrechterhaltung der Vorwürfe öffentlich und schriftlich zurück nehmen müssen.

Jetzt aktuell wieder die sog. Antideutschen, die radikalen Ideologen im Konzert der Lobby der israelischen völkerrechtswidrigen Regierungspolitik, die den renommierten Referenten Dr. Aref Hajjaj verhindern wollten (vgl. Anlage). Das gelang allerdings wieder nicht, da den Veranstaltern entsprechend deutlich gemacht wurde, wie absurd und unbegründet bei genauer Kenntnis seiner Schriften diese Vorwürfe waren.

Der aktuell schlimmste Fall eines absurd nicht mehr steigerbaren Antisemitismus-Vorwurfs läuft aber zurzeit in Göttingen, wo die o.a. Lobby-Vertreter alles toppen, was bisher in der Antisemitismus-Debatte gelaufen ist. Ausgerechnet den in der "Jüdischen Stimme für einen gerechten Frieden e.V." organisierten jüdischen WissenschaftlerInnen, KünstlerInnen, LiteratInnen u.a. soll der renommierte Göttinger Friedens-Preis in der Universität Göttingen versagt werden: angeführt von einer FDP-Abgeordneten. Der Bürgermeister Göttingens und die Universitätspräsidentin ließen sich hiervon anstecken und versagen trotz hundertfacher Proteste die Verleihung in den Gebäuden der Universität und das seit Jahren übliche Geleitwort der Stadt Göttingen. Allerdings bleibt die sachkundige unabhängige Jury bei dieser Preisverleihung, nunmehr in nichtöffentlichen Räumen in Göttingen. Es wird immer absurder und peinlicher für diese selbsternannten Antisemitismus-Jäger.

Machen Sie sich selbst ein Bild, wodurch und durch wen die verfassungsrechtlich festgelegte Meinungsfreiheit zunehmend gefährdet wird:

Für jene, denen der in den Medien kaum zu lesende Vorgang noch nicht bekannt ist: In Göttingen versuchen die üblichen Kreise die Verleihung des "Göttinger Friedenspreis" an die "Jüdische Stimme für einen gerechten Frieden e.V." zu torpedieren. Unter anderem, in dem eine Überprüfung des "Antisemitismus" der 'Jüdische Stimme' verlangt wird.

Besonders hervorgerufen hat sich dabei eine FDP-Stadtverordnete, was die 'Jüdische Stimme' zu einer scharfen Stellungnahme veranlasst hat.

Im Auftrag des Präsidiums  
Detlef Griesche  
Vizepräsident der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft e.V.

## 2. Beendigung der TIPH-Einsätze

Im Sommer 1994 starben nach einem Massaker des jüdischen Siedlers Baruch Goldstein an Gläubigen in der Abraham-Moschee in Hebron 29 PalästinenserInnen. Die darauf folgenden Proteste und Unruhen wirken in der Stadt bis heute noch nach.

Es wurde zum Schutz der PalästinenserInnen durch die UN-Resolution 904 daraufhin eine internationale Mission, bestehend aus ca. 60 BeobachterInnen aus Norwegen, Schweden, Italien, der Schweiz und Türkei eingesetzt. Die **TIPH-Beobachtergruppe** (Temporary International Presence in the city of Hebron) sollte für Stabilität und Ruhe in Hebron sorgen, indem sie z.B. auch Schulkinder auf dem Schulweg begleiteten. Die BeobachterInnen dokumentieren und melden Verstöße gegen die Resolution Israel und den PA. Zwar dürfen die BeobachterInnen nicht eingreifen, sorgen aber durch ihr Präsenz für eine zumindest vermeintliche Sicherheit. Am bekanntesten waren die zusätzlichen BeobachterInnen von EAPPI mit ihren typischen Westen.

Zum 31.1.2019 wurde dieses Abkommen durch Netanjahu aufgekündigt, da er eine Parteinahme der Beobachter zugunsten der PalästinenserInnen nicht mehr akzeptieren wollte. EAPPI hat aus Sicherheitsaspekten die Arbeit in Hebron in diesem Zusammenhang auch abgebrochen.

Der international anerkannte Menschenrechtler **Issa Amro** aus Hebron dazu: "Two protection groups left, it's hard, but we will not give up."

Die DPG befürchtet, dass Willkür und Übergriffe jüdischer SiedlerInnen nun zunehmen werden und dass Konflikte nicht mehr dokumentiert werden.

**Die DPG fordert die Internationale Gemeinschaft auf, zur Sicherheit der BewohnerInnen von Hebron ein Wiedereinsetzen von TIPH zu beschließen und auch den BeobachterInnen den erforderlichen Schutz zu garantieren.**

Im Auftrag des Präsidiums  
Ursula Mindermann  
Vizepräsidentin der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft e.V.

## 3. DPG-Geschäftsordnung für die Mitgliederversammlung

Das neue Präsidium hat eine Geschäftsordnung (GO) für die Durchführung von Mitgliederversammlungen und bevorstehenden Wahlen ausgearbeitet und beschlossen.

Bis jetzt wurde mehr oder weniger auf die Erfahrungen von Mitgliedern gesetzt, die von der Mitgliederversammlung zu VersammlungsleiterInnen und WahlleiterInnen gewählt wurden. Mit der neuen GO sollen zukünftige Versammlungen reibungslos und formal korrekt durchgeführt werden können.

## 4. FDP will weniger Israelkritik in den Vereinten Nationen – Die DPG reagiert darauf

Die FDP-Bundestagsfraktion hat in einer Drucksache 19/7560 vom 06.02.2019 einen Antrag an den Bundestag gestellt, in dem sie fordert, dass Israel weniger in den Vereinten Nationen verurteilt werden soll. <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/075/1907560.pdf>

Die FDP begründet ihren Antrag damit, dass Israel als „einzige Demokratie“ im Nahen Osten überproportional von den Vereinten Nationen verurteilt würde.

Dazu hat das DPG-Präsidium das u.a. Schreiben an den Fraktionsvorsitzenden und die Mitglieder der FDP-Bundestagsfraktion geschickt.

Sehr geehrter Herr Lindner,

mit großem Interesse haben wir Ihren Antrag in der Drucksache 19/7560 vom 6.2.2019 wahr-genommen und mit noch größerem Erstaunen Ihre Begründung zur Kenntnis genommen.

Vorab möchten wir Ihnen mitteilen, dass das Existenzrecht des Staates Israel in den Grenzen von 1967 von unserer Gesellschaft nicht in Frage gestellt wird. Darüber hinaus setzen wir uns, wie Ihre Partei übrigens auch, für die Einhaltung von internationalen

Vereinbarungen und der Menschenrechte ein. Auch wir kritisieren und verurteilen jegliche Verletzung von Menschenwürde, Meinungsfreiheit, Bewegungsfreiheit und Unrecht, unabhängig davon, von welchem Land dieses auch geschehen mag.

Gerade Ihre Partei hat die längste Erfahrung in der Außenpolitik und den Gepflogenheiten in den Gremien der Vereinten Nationen. Und ausgerechnet die FDP unterstellt, dass die Entscheidungen der Vereinten Nationen politisch motiviert seien. Die israelische Militärverwaltung unterhält welt-weit die längste Besatzung der letzten 100 Jahre, ihre Praxis, die von der israelischen (zunehmend rechtsgerichteten) Politik getragen wird, bietet tagtäglich genug Anlass zur Kritik (Haus-zerstörungen, Deportationen, Verhaftungen, gezielte Tötungen, Enteignung von Grund und Boden, Bau von Siedlungen auf völkerrechtswidrig erobertem Land, völkerrechtswidrige Annexion von Ost-Jerusalem und darüber hinaus, Bau von Checkpoints und Isolationsmauer etc.).

Zutreffend hat der ehemalige israelische Botschafter **Avi Primor** diese Tatsache beschrieben: „Nicht der Antisemitismus hat zugenommen, sondern die Sympathie für Israel ist geringer geworden“. Und **Daniel Barenboim** schreibt sogar in einem Gastbeitrag in der ZEIT: „Ich schäme mich heute, Israeli zu sein.“

Sie stellen fest, dass Israel überproportional und im Vergleich mit anderen Staaten am häufigsten kritisiert und verurteilt wird, fragen aber nicht ernsthaft nach den Ursachen dieser Verurteilungen. Somit verwechseln Sie bewusst Ursache und Auswirkung. Darüber hinaus stellt die israelische Demokratie keine Rechtfertigung für die Fortsetzung der Missachtung von internationalen Standards dar.

Wir fordern Sie auf, Ihren Antrag zurück zu ziehen und stehen Ihnen und Ihrer Fraktion für ein ausführliches Gespräch gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Nazih Musharbash  
Präsident der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft e.V.

[Wenn auch Sie die Mitglieder der FDP-Bundestagsfraktion anschreiben wollen, anbei die Kontaktemails:](#)

grenata.alt@bundestag.de; renata.alt@bundestag.de; christine.aschenberg-dugnus@bundestag.de; nicole.bauer@bundestag.de; jens.beeck@bundestag.de; nicola.beer@bundestag.de; jens.brandenburg@bundestag.de; mario.brandenburg@bundestag.de; marco.buschmann@bundestag.de; karlheinz.busen@bundestag.de; carl-julius.cronenberg@bundestag.de; britta.dassler@bundestag.de; bijan.djir-sarai@bundestag.de; christian.duerr@bundestag.de; hartmut.ebbing@bundestag.de; marcus.faber@bundestag.de; otto.fricke@bundestag.de; daniel.foest@bundestag.de; alexander.graflambsdorff@bundestag.de; thomas.hacker@bundestag.de; katrin.helling-plahr@bundestag.de; markus.herbrand@bundestag.de; torsten.herbst@bundestag.de; katja.hessel@bundestag.de; gero.hocker@bundestag.de; christoph.hoffmann@bundestag.de; reinhard.houben@bundestag.de; manuel.hoeflerlin@bundestag.de; ulla.ihnen@bundestag.de; gyde.jensen@bundestag.de; christian.jung@bundestag.de; thomas.kemmerich@bundestag.de; karsten.klein@bundestag.de; marcel.klinge@bundestag.de; daniela.kluckert@bundestag.de; pascal.kober@bundestag.de; carina.konrad@fdp.de; konstantin.kuhle@bundestag.de; Alexander.kulitz@Bundestag.de; lukas.koehler@bundestag.de; ulrich.lechte.ma06@bundestag.de; christian.lindner@bundestag.de; michael.link@bundestag.de; oliver.luksic@bundestag.de; till.mansmann@bundestag.de; juergen.martens@bundestag.de; christoph.meyer@bundestag.de; alexander.mueller@bundestag.de; roman.mueller-boehm@bundestag.de; frank.mueller-rosentritt@bundestag.de; martin.neumann@bundestag.de; hagen.reinhold@bundestag.de; Bernd.reuther@bundestag.de; stefan.ruppert@bundestag.de; thomas.sattelberger@bundestag.de; christian.sauter@bundestag.de; zaraschinnenburg@gmx.de; jimmy.schulz@bundestag.de; frank.schaeffler@bundestag.de; matthias.seestern-pauly@bundestag.de; frank.sitta@bundestag.de; judith.skudelny@bundestag.de; hermann.solms@bundestag.de; bettina.stark-watzinger@bundestag.de; marie-agnes.strack-zimmermann@bundestag.de; benjamin.strasser@bundestag.de; katja.suding@bundestag.de; linda.teuteberg@bundestag.de; michael.theurer@bundestag.de; stephan.thomae@bundestag.de; manfred.todtenhausen@bundestag.de; florian.toncar@bundestag.de; andrew.ullmann@bundestag.de; gerald.ullrich@bundestag.de; johannes.vogel@bundestag.de; sandra.weeser@bundestag.de; nicole.westig.wk@bundestag.de; katharina.willkomm@bundestag.de; olaf.inderbeek@bundestag.de